

Der **AK Lesbos** ist ein freies Augsburger Bündnis aus Einzelpersonen und Organisationen, das sich für die Abschaffung der Lager an den europäischen Außengrenzen sowie für die Aufnahme von Geflüchteten in Deutschland, Bayern und Augsburg einsetzt.

umf-lesbos@online.de

Unsere inhaltliche Position als **AK Lesbos**

Wir erwarten und treten ein für ...

1. Mehr kommunale Kompetenz und kommunaler Dialog

Politische Initiativen treten über die Mandatsträger*innen in Landtag und Bundestag und auch über den Bayerischen und Deutschen Städtetag für **mehr kommunale Rechte und Handlungsmöglichkeiten bei der Aufnahme von Flüchtlingskontingenten** ein.

Dadurch wird eine **regelmäßige kommunale Debatte über die Aufnahme von Geflüchteten außerhalb des Asylverfahrens und die Festlegung eines jährlichen Aufnahmekontingents für Augsburg** angestoßen.

2. Kommunale Strukturen zur effizienten, funktionalen und gerechten Aufnahme

Strukturen und Prozesse für eine funktionale und sozial gerechte Aufnahme für alle Geflüchteten außerhalb eines Asylverfahrens werden unter Beteiligung relevanter Akteur*innen weiterentwickelt. Das beinhaltet u.a. den **Aufbau bzw. die Festlegung einer koordinierenden Stelle**, die diesen Arbeitsauftrag hat und die Schnittstelle zwischen Verwaltung, Behörden, Wohlfahrtsverbänden und Zivilgesellschaft darstellt. Die Erfahrungen mit den ukrainischen Kriegsgeflüchteten könnten dabei eine Grundlage für die **Entwicklung eines allgemeinen und für alle genannten Gruppen von Geflüchteten geltenden Aufnahmeangebotes** (wie kostenloser ÖPNV für kurze Zeit, zusätzliche Integrationskurse mit Kinderbetreuung, „Begrüßungsgeld“, Wohnakquise in Zeiten besonderer Betroffenheit ...) sein.

3. Strategien und Prozesse zur Wohnsituation

Wir fordern **die Bereitstellung von kommunalen Übergangunterkünften mit einer zu definierenden Zahl an Aufnahmeplätzen**, oder alternativ, eine Vereinbarung mit der Regierung von Schwaben, dass diese grundsätzlich für die Erstunterbringung (nach der Ankunft in Ankerzentren bzw. der Erstaufnahme in Friedland) zuständig ist. Im Gegenzug übernimmt die Stadt Augsburg in gleicher Zahl sogenannte Fehlbeleger:innen (Geflüchtete, die schon längere Zeit auszugspflichtig sind und die Voraussetzungen für privates Wohnen mitbringen) aus den Regierungsunterkünften und vermittelt sie in Sozialwohnungen oder ein noch zu entwickelndes Housing First-Projekt. Hier könnte das Wohnprojekt von Diakonie und Tür an Tür einen Empfehlungsauftrag bekommen und mit seiner Erfahrung bei der Wohnraumvermittlung unterstützend tätig werden.

Wir plädieren in diesem Zusammenhang dafür, **dass alle Kontingentgeflüchteten**, die privat-wohnberechtigt sind, aber nicht bei Verwandten oder Bekannten wohnen können, **zunächst in staatlichen oder kommunalen Übergangsunterkünften untergebracht werden**, weil hier in der Regel ein ausreichendes Beratungsangebot (inkl. Sprach- und Kulturmittler*innen) vorhanden ist. Dadurch können entsprechende iel Sprach- und Wohnkompetenzen aufgebaut werden, so dass die Menschen sich später gegenüber Privatvermieter*innen und Wohnbaugesellschaften selbst vertreten können.

Das Angebot von Privatvermieter*innen sollte nach Möglichkeit für andere Geflüchteten genutzt werden, die schon länger in staatlichen oder kommunalen Unterkünften wohnen (Aufbau einer **Wohnraumbörse**, z.B. über das Wohnprojekt).

Weitergehend schlagen wir **eine generelle Befristung eines Aufenthaltes in staatlichen und kommunalen Unterkünften** vor, mit einem daran anschließenden Anspruch auf eine Privatwohnung oder zumindest ein Housing First-Angebot.

Wir weisen darauf hin, dass die Wohnsituation in den Gesamtunterkünften gerade für traumatisierte Menschen meist eine Verfestigung der Symptomatik bedeutet: kaum oder keine Privatsphäre, Konflikte, sexualisierte Gewalt u.v.m.; eine Verfestigung der Traumatisierung bedeutet geringere Möglichkeit der Integration im Sinne einer gesellschaftlichen Teilhabe, mehr Folgekosten (Klinikaufenthalte, Suchtgefahr, ...). Gedeihliche Wohnverhältnisse sind ein Grundpfeiler, das eigene Leben wieder konstruktiv zu gestalten! Housing-First-Konzepte können hier ein Anfang und der erste Schritt in Richtung selbstbestimmtes Leben sein.

4. Dialog und gemeinsames Konzept aller Beteiligten

Wir fordern den Aufbau eines **Runden Tisches Migration, Flucht und Integration** mit Vertreter*innen von Beratungsstellen (FIB, MBE, JMD, Integrationslots*innen u.a.) und Behörden als unterstützende Instanz bei der Entwicklung funktionaler und zeitsparender Prozesse und Strukturen bei der Aufnahme von Geflüchteten und Neuzuwander*innen. Gleichzeitig dient das Forum zur beiderseitigen Rückmeldung von Reibungsproblemen und Fortschritten in Beratungs- und Verwaltungsabläufen.

5. Gleichbehandlung

Wir treten ein für eine **Gleichbehandlung aller geflüchteter Menschen** und warnen dringend vor einer „Mehrklassen-Behandlung“, die zu Spaltung und Unterminierung demokratischer Strukturen beiträgt! Es braucht, wie bei der Aufnahme von Kontingent- oder Resettlementgeflüchteten bedarfsorientierte Strukturen und Aufnahmeverfahren, die jedoch nicht zu einer Schlechterstellung oder Ungleichbehandlung anderer Geflüchteten führen darf.

AK Lesbos

(Stand Februar 2022)